

**Landesbibliothek Oldenburg**

**Digitalisierung von Drucken**

**Der Oldenburgische Volksfreund**

**Oldenburg**

No. 73, 11. September 1850

**urn:nbn:de:gbv:45:1-4866**

Der

# Oldenburgische Volksfreund.

Mittheilungen aus allen Gebieten des öffentlichen Lebens.

Zweiter Jahrgang.

Erscheint wöchentlich zweimal, am Mittwoch und Sonnabend, jedesmal einen halben Bogen stark. — Preis für das Quartal 18 Grote, durch die Post bezogen 24 Grote Courant. — Bestellungen werden von allen Postämtern, so wie von der Verlagsbuchhandlung angenommen.

## Union und Bundestag.

Die Krisis, in welcher die Sache der Union in diesem Augenblicke schwebt, macht es für die Partei der Union unerlässlich, sich ernstlich die Frage vorzulegen, wie weit der Gedanke, mit dem sie steht und fällt, auch im schlimmsten Falle noch festzuhalten ist. Eine Einigung darüber, was die Partei selbst will und über den Weg, den sie einzuschlagen hat, thut viel dringender Noth als die unausgesetzte Polemik gegen Preußen, die doch Keinen etwas Neues lehrt.

Das Schwanken, in das einige Blätter gekommen sind, ist höchst gefährlich für unsre Entwicklung und man kann nicht häufig genug folgende Wahrheit, die einzige Errungenschaft unsrer Revolution, ins Gedächtnis rufen: die Regeneration Deutschlands in der Weise, daß eine gemeinsame, durch ein Parlament getragene Regierung es gegen Außen hin mit souveräner Machtvollkommenheit vertritt und im Innern die allgemeinen Angelegenheiten ordnet, ist so lange unmöglich, als innerhalb des Landes zwei souveräne, europäische Mächte sich befinden. Denn weder die eine noch die andere wird sich in ernsthaften Dingen einer Abstimmung fügen, wo die Entscheidung bei den Kleinstaaten ruhen müßte; und wo keine einheitliche Regierung da ist, ist ein Parlament etwas sehr Ueberflüssiges.

Eine Regeneration Deutschlands in diesem Sinne ist, wenn man von einer demokratischen Revolution, die das Unterste zu oberst kehrt und bei der man nicht wissen könnte, was zuletzt daraus werden soll, absieht, nur auf zwei Wegen denkbar.

Entweder verliert die eine der beiden Mächte ihre Souveränität und wird ein Vasall des andern —

ein Fall, der nicht im Reich der Wahrscheinlichkeit liegt,

Oder die beiden Mächte trennen sich von einander, jede von ihnen zieht diejenigen Kleinstaaten, die in ihren Kreis gehören, in ihren politischen Organismus und so ergänzt treten sie dann mit einander in ein völkerrechtliches Bündniß.

Die letztere Form ist darum der ersten vorzuziehen, weil die Macht, welche die andere unterdrückt, bei der Lage der Dinge doch nur Oesterreich sein könnte; Oesterreich darf aber in Deutschland darum die Hegemonie nicht führen, weil seine eigenthümlichen Bildungselemente von der deutschen wesentlich verschieden sind.

Es bleibt also die Bildung einer Union mit Preußen an der Spitze, wie die Verhältnisse auch immer sich gestalten mögen, der einzige rationelle Weg, unsern Ziele zu nähern. — — —

Wenn die Großdeutschen von einer Bundesreform sprechen, so wollen sie damit eine Verstärkung der Bundesgewalt, allenfalls Volksvertretung u. s. w. andeuten, kurz, eine Befriedigung des Nationalwillens, wie er sich im Jahr 1848 ausgesprochen hat, innerhalb des weiteren Bundes. Oesterreich denkt keinen Augenblick daran, aber es hütet sich wohl, diese abweichende Meinung auszusprechen, weil es vorläufig die Großdeutschen gegen Preußen zu benutzen gedenkt. An eine Verstärkung der Bundescentralgewalt gegen die größeren Regierungen denkt kein Staat der Liga. Es kann ihnen nur um eine Verstärkung derselben gegen die eigentlichen Kleinstaaten und gegen die demokratischen Bewegungen zu thun sein. Das Erstere — das Schlimmste, was Deutschland widerfahren könnte, können die Unionsregierungen auf bundes-

rechtlichem Wege verhindern. In Beziehung auf das Zweite dürften sich beide Parteien nicht so ferne stehen und doch ist auch hier ein innerer Grund vorhanden, daß die Befugnisse der Centralgewalt eher beschränkt als erweitert werden dürften. Es liegt dieser Grund in der Umwandlung Preußens in einen constitutionellen Staat.

Dem die Einwirkung des Bundes auf die innern Rechtsverhältnisse ist unvereinbar mit dem Fortbestehen der Verfassungen. Carlsbader Beschlüsse sind wohl gegen Kleinstaaten durchzuführen, die immer nur den Schein constitutionellen Lebens haben können, weil dieses nur in souveränen, unabhängigen Staaten gedacht werden kann, aber nicht gegen einen Staat von der politischen Machtentwicklung Preußens. So lange Preußen ein constitutioneller Staat bleibt, wird es auch seine Souveränität behaupten, wird es den nach Einheit strebenden Staaten den Mittelpunkt hergeben. Die Hoffnung der Union knüpft sich lediglich an die Fortdauer der preussischen Verfassung.

Für die constitutionelle Partei wird Anschluß an die Union das gemeinsame Stichwort bleiben, auch wenn die wirkliche Anzahl der Unionsmitglieder auf ein Minimum zusammenschumpft, auch wenn kein anderer Staat bei Preußen bleibt als etwa Anhalt-Deßau; ja wenn zuletzt Preußen mit seinem Anerbieten der Union allein bleiben sollte.

(Aus den Grenzboten.)

#### Aus Brake.

Am 3. d. M. lief das auf dem Olmann'schen Helgen zu Brake für Rechnung des Hrn. Auctionator Brader & Comp. zu Zwischenahn gebaute Barkschiff „Ammerland“ von Stapel. Es ist Sitte, daß nach solchem Act den Schiffszimmerleuten von dem Rheder ein kleines Tractement bereitet wird. Diesmal soll ihnen vom Hrn. Brader ein Orhoft Teneviffa zum Besten gegeben worden sein. Gegen Abend zogen sie in gewohntem Aufzuge mit Fahnen durch die Straßen von Brake, trieben aber bei ihrer übergroßen Berunkenheit ungewöhnlich viel Unsug, insultirten verschiedene Eingefessene des Orts, ruinirten Plankwerke und Befriedigungen und zogen endlich vor die im Telegraphengebäude befindliche Polizeiwache. Sie forderten ohne irgend welche Veranlassung den einzigen dort befindlichen Dragoner mit Schmähungen auf herauszukommen und vergriffen sich nachher an

zwei andern Dragonern, welche auf die Nachricht von diesem Auslaufe von Harrien her sich einfanden. Mit blanker Waffe mußten die Dragoner durch die Menge sich Bahn machen, um im Telegraphengebäude Schutz zu suchen. Die Menge, theils um wegen der Verwundungen, welche Einzelne erhalten hatten, an den Dragonern Rache zu nehmen, theils um diejenigen Genossen aus dem gleichfalls im Telegraphengebäude befindlichen Gefängnisse zu befreien, welche angeblich arreirt sein sollten, begann nun den Sturm gegen das Telegraphengebäude. Was an dem Gebäude zu zerstören war, wurde zertrümmert, alle Vorstellungen und Bitten der Beamten, der Schiffbaumeister und angesehensten Bürger halfen nichts, man rante die Thür ein, fand aber weder einen der Genossen im Gefängnisse, noch auch die Dragoner mehr in der Wache, welche sich nämlich mittlerweile in das obere Stockwerk des Telegraphengebäudes zurückgezogen hatten, wo sie aber nicht aufgesucht wurden. Es versteht sich, daß eine Menge Gesindel bei dieser willkommenen Gelegenheit an dem Crawlall sich zu betheiligen nicht unterließ. Nur allmählig verließ sich endlich der Haufe, theilweise um hie und da im Orte noch einen kleinen andern Unsug anzurichten.

So geht es, wenn an einem verhältnismäßig kleinen Orte, wo tausend und mehr fremde Arbeiter beschäftigt sind, die ganze Sicherheitsmannschaft aus im Ganzen drei Landdragonern und zwei Hafenspoliceisten besteht.

Es wird Ihnen Spaß machen, wenn ich Ihnen mittheile, daß man diesen Unsug im Munde der großen Menge nur mit dem Worte „Revolution“ bezeichnen hört und der Ansicht ist, daß diese Revolution noch viel schlimmer gewesen wäre, als die im Jahre 1848.

#### Der Agent Nöbbelen als Scribent.

Als ich den Aufsatz in N<sup>o</sup> 72 des Beobachters betitelt: „der Assessor Scholz als Richter“ las, dachte ich gleich im Anfange schon, dies muß derselbe geschrieben haben, der als Lichtfreund die Broschüre — „Forschungen in der Natur und am Firmamente“ — und als Philanthrop das Heft — „drei Jahre aus dem Leben eines Subscribentensammlers“ — gemacht habe — und richtig! es war derselbe Verfasser, es war ein und derselbe, der schon — im Gefühl seiner höhern Bestimmung — im Volksverein einen Vortrag über Unwissenheit hielt, wobei ihm

derzeit gar der Herr Assessor Scholz behülflich gewesen sein soll. — Was nun den qu. Auffas selbst in № 72 des Beobachters betrifft, so ist er ein wahrer Gallimathias und liefert in der That den klarsten Beweis, daß Köbbelen von Besorgungen von Anleihen und Proceßführungen, wobei einige juristische Kenntnisse mindestens unentbehrlich sind, durchaus keinen Begriff hat und wie sollte er das auch, da er Blaufärber war. Wozu z. B. die beglaubigte Abschrift des Präclustiv-Decrets, da dasselbe ja in den Oldenburgischen Anzeigen abgedruckt sein mußte und durch die Anzeigen schon bewiesen werden konnte? Wenn nun N. für das beglaubigte Decret iuct. p. c. (legiertes) soll doch nur heißen pro cura also mit Bemühungen)

45 % Court.  
und außerdem nochmals für seine Bemühungen 36 % Gold oder 41 " " verlangt, macht . . . . . 1 § 13 % Court.

so waren doch die Bemühungen doppelt beansprucht. Wenn nun auch N. den H. in Allem 48 Mal gemahnt hat, so macht dies den Anspruch nicht rechtlicher; daß H. das viele Mahnen stets anerkennend aufgenommen hat, muß bezweifelt werden und wenn N. glaubt, daß Jemand, der ein vehementes Anmahnen ruhig geschehen läßt, dadurch eine Nichtschuld anerkenne, so ist er hier wiederum im Irrthum.

Was der größte Theil des Publikums denkt, kann N. nicht wissen, es sei denn, daß ihm wirklich eine gewisse Gültigkeit beizubringen. — Daß 36 % Gold eine billige Vergütung für Mühwaltung ist, kann den Umständen nach allerdings wahr sein, aber sie muß vorher nicht schon einmal unter pro cura berechnet sein, wie es hier den Anschein gewinnen will.

Was der Herr Assessor Scholz gedacht hat, scheint dessen Handlungsweise schon zu verrathen. Verfolgt man den Auffas noch weiter, so findet man darin auch eine Amiscrenbeleidigung, was heißt z. B.

„Meine Beweisführung der baaren Auslagen durch längeres Hinhalten des Präclustivdecrets ließ er (Der Beamte) gänzlich unbeachtet und behandelte diesen Sag nur als von mir behauptet \*). Er begünstigte augenscheinlich ein völlig unstatthafes Requisitionsgesuch meines Gegners und legte im Protocoll einen ganz andern Sinn in meine Worte, als ich sie geäußert habe“ u. s. w.

Es scheint als wenn N. den Hrn. Assessor S. hat anschwärzen wollen, der ihn vielleicht nicht höflich

begegnet hat, aber die richterliche Ehre ist zart und auch der Protocollführer ist verantwortlich für das, was er hinschreibt und ihm dictirt wird; es ist also der ganze Magistrat beleidigt und N. muß nicht glauben, daß mit Wegschaffung der schwarzen Kammer auch alle Strafen weggeschafft sind.

Wenn es ferner heißt, das Ende vom Liede war, daß N. mit seiner Klage abgewiesen und in 4 § Kosten verurtheilt und für das Appellationsdecret 1 § 12 % Kosten nothig sei, so ist dies Ende vom Liede ganz richtig und in der größten Ordnung. Wer kann es unrecht finden, wenn der verlierende Theil in die Kosten verurtheilt wird und wenn er Appellation einlegt, dafür ebenfalls Kosten erlegen muß; schwerlich wird eine andere Behörde anders erkennen können. Wenn N. noch mehr derartige Sachen hat, so mag er damit kommen, die Antwort soll folgen. Zur Charakteristik des Hrn. N. könnte übrigens die Veröffentlichung des nur einen Sachverhältnisses eines gegenwärtig beim Stadtmagistrat anhängigen Proceßes wider den Landmann Willrodt schon dienen, in dieser Sache sollen nämlich sehr philanthropische Grundsätze vom Hrn. N. entwickelt sein.



**Das Londoner Protokoll**

wird vielleicht schon nächstens seine Wirkungen auf Oldenburg äußern. Zeitungsgerüchte wenigstens lassen es schon gewiß sein, daß der König von Dänemark nächstens dem Throne entsagen, mit Lela Rasmussen ein gemüthliches Stillleben führen und auf den erledigten dänischen Königsthron ein Mitglied der oldenburgischen Regentenfamilie erhoben werde. Es schwankt nur noch der Name dessen, der diese Würde tragen soll. Bald soll es der Großherzog selbst, bald der Erbgroßherzog, bald Prinz Peter sein. Handelte es sich bloß um die Person des künftigen Regenten von Dänemark, bloß darum, wer aus dem oldenburgischen Hause die Krone erben soll, so könnte das Großherzogthum mit ziemlicher Ruhe und Gleichgültigkeit, ja vielleicht mit Stolz, auf die Entwicklung der Frage schauen; es fehlt indeß kein bedenkliches Aber. Denn es wird manchmal hie und da gemunkelt, daß Oldenburg mit Dänemark zusammen von Einem Haupte regiert werden, daß Oldenburg nicht in Deutschland oder irgend einem deutschen Staat, sondern in Dänemark aufgehen soll. Freilich heißt es in unserm Staatsgrundgesetz, daß der Großherzog nicht zugleich

\*) Soll wohl heißen erachtet.



Oberhaupt eines außerdeutschen Staates sein kann, allein gegen den Andrang von vier Großmächten und vielleicht der Hälfte Deutschlands wird dieser Artikel nur eine geringe Schutzwehr darbieten. Oldenburg hat schon einmal Dänemark Herrscher gegeben und ist schon einmal von Kopenhagen aus regiert worden — Grund genug für Großmächte, um dasselbe noch einmal wieder geschehen zu lassen. Preußen allein hat die Unterschrift zu dem Londoner Protokolle verweigert und ist dadurch indirect ein Beschützer der Selbständigkeit und Unabhängigkeit Oldenburgs von einem fremdem Volke geworden. Ob es aber, im Fall der Noth, entschlossen ist, die Rechte Deutschlands thätkräftig zu wahren, das steht dahin. Vielleicht ängstigen wir uns aber nur um Zeitungsartikel, die Alles gleich schlimmer und besser darstellen als es wirklich ist; aber soviel ist gewiß, daß die Entscheidung zwischen Schleswig-Holstein und Dänemark uns Oldenburger nicht bloß als Deutsche nahe berührt, sondern speziell als Oldenburger. Schleswig-Holsteins Sieg ist Oldenburgs Hoffnungsstein heißt es in dem Aufsatze des Ausschusses und mit Recht. Wir wünschen darum aus vollem Herzen Schleswig-Holstein den Sieg.

#### Herr C. Wibel in Schwartau

spricht sich in den Blättern der Vereine u. unter Anderen so über „Oldenburgs Landtag und Ministerium“ aus:

„Man irrt, wenn man glaubt, daß der vielleicht bevorstehende Wechsel in der Person einiger Ministerialmitglieder mit einer veränderten Politik in der deutschen Frage zusammenhänge. Die Antwort der Staatsregierung auf die österreichische Einladung zur Beschickung des Bundestags ist zwar noch nicht erfolgt \*), es bezweifelt aber Niemand, daß sie entschieden ablehnend ausfallen wird, und bei dieser ablehnenden Antwort wird die Staatsregierung sich gewiß der ungetheilten Zustimmung des ganzen Landes zu erfreuen haben. Keine Partei, ja kein Einzelner im ganzen oldenburgischen Lande wird, sei es aus Pessimismus, aus reactionären Gelüsten, aus Unmuth über das Mißlingen aller bisherigen Pläne und Versuche, deutsche Einheit und in Folge dessen deutsche Macht herzustellen, so weit gehen, daß er den deutschen Bundestag wieder hergestellt sehen möchte \*\*), nachdem derselbe schon zu Lebzeiten halb verweist durch Geringschätzung und Widerwillen, welche ihm von Innen und Außen allseitig bewiesen wurde, endlich nach dem

\*) Ist bekanntlich bereits erfolgt.

\*\*) O doch! Würden doch schon auf dem Landtage Andeutungen dieses Wunsches laut.

Aussprache des allgemeinen deutschen Volkswillens rechtsgültig aufgehoben wurde.

Nicht diese allgemeine deutsche Frage ist es, welche einen oldenburgischen Ministerwechsel bevorzugen läßt, denn unsere Staatsregierung wird die Bundestagsleiche nicht erwecken helfen wollen, sondern sie wird, nach wie vor, an der preussischen Union, wäre es auch nur, weil ein dritter Weg jetzt nicht vorhanden ist, vorerst an dem preussischen Unionsplane, oder überhaupt an Preußens Prinzip freier Vereinbarung festhalten und es ist nicht unmöglich, daß sich diesem Plane für die nächste Zukunft wiederum einige Ausichten mehr darbieten. Oesterreichs Plan, den Bundestag wieder zu erwecken und in demselben mit all seinen slawischen, deutsch-feindlichen Völkerstämmen und mit seiner ganzen russischen Abhängigkeit und mit dem Heer seiner Jesuiten das Regiment zu übernehmen, hat nicht nur die allgemeine deutsche Gesinnung beleidigt, sondern selbst manche der bisherigen sogenannten großdeutschen Staaten stutzig gemacht.

Für den Staat, welcher sich einmal zur preussischen Union bekennt, ist der gegenwärtige Augenblick ungeeigneter als je, von diesem Plane und von Preußen überhaupt zurückzutreten, wo dieselbe, ungeachtet der bejammernwerthen Unentschlossenheit des Königs, eher Boden gewinnt als verliert, wo Oesterreichs wieder erweckte Bundestagsleiche als Schreckbild auf dem andern Wege steht und wo sich für den Augenblick keine anderen Auswege zeigen, die nicht auch von dem Fußgestell der Union aus zu betreten und vielleicht sicherer zu betreten wären, als vornehmlich vom isolirten Standpunkte aus. Ein Kleinstaat, der durch sein „Nein! Nein!“ nach allen Seiten hin auf einem andern Wege, als dem zuletzt bezeichneten, noch heute direct die Frankfurter deutsche Reichsverfassung mit dem Könige von Preußen auf den deutschen Kaiserthron setzen zu können glaubt, macht sich lächerlich. Dasselbe Ziel im Auge zu behalten und indirect in jeder möglichen Weise zu erstreben, wo und sobald sich wieder die Gelegenheit bietet, ist allein vernünftig, allein zu verantworten.

Forschen wir nach dem Grunde des uns wahrscheinlich bevorstehenden Ministerwechsels, so stimmen fast alle Nachrichten dahin überein, daß wir Ursache haben, denselben einen im hohen Grade betrübenden zu nennen, denn zurücktreten aus dem Ministerium werden wahrscheinlich Diejenigen müssen, welche in Uebereinstimmung mit jedem wohlgesinnten Oldenburger die gewissenhafte Durchführung des Staatsgrundgesetzes, die Verminderung des Militärs, die Nichtvervollständigung des Reiter-Regiments, die Bezahlung der Ehrenschuld an Schleswig-Holstein um jeden Preis, selbst um den Preis ihrer Ministerexistenz wollen, während dagegen Diejenigen dem Staatsoberhaupte zur Seite bleiben zu wollen scheinen, denen es nicht darauf ankommen dürfte, diese Steine des Anstoßes so oder so zu umgehen.“

# Der Oldenburgische Volksfreund.

Mittheilungen aus allen Gebieten des öffentlichen Lebens.

Zweiter Jahrgang.

Erscheint wöchentlich zweimal, am Mittwoch und Sonnabend, jedesmal einen halben Bogen stark. — Preis für das Quartal 18 Grote, durch die Post bezogen 24 Grote Courant. — Bestellungen werden von allen Postämtern, so wie von der Verlagsbuchhandlung angenommen.

## Aus Kassel \*).

Der Churfürst von Hessen gehört zu den Ausnahmsexemplaren des menschlichen Geschlechts, die ihren Ruhm darin suchen, keinen Freund zu haben im Leben. Sein Herz gleicht dem Gipfel jenes Zaubergebirges, den Niemand erreichen konnte, weil er dem Auge immer weiter entrückt wurde, je näher der Fuß ihm kam. Gerade die ihm am nächsten stehen, sind ihm am wenigsten zugethan, weil sie am meisten von den Launen dieses räthselhaften Menschen zu dulden haben, der sein größtes Glück darin sucht, das Glück Anderer zu stören.

Es ist eine alte Behauptung, daß es kein Buch gebe, welches nicht wenigstens Einen guten Gedanken enthielte und keinen Menschen, der nicht wenigstens Eine gute Seite hätte. Die gute Seite des Churfürsten habe ich eine Zeitlang in der Anhänglichkeit zu seiner Familie zu finden geglaubt, bin aber in diesem Glauben etwas wankend geworden, seit ich in Erfahrung gebracht, daß die Gräfin Schaumburg sich der künstlichsten Mittel bedienen muß, um nur den Schein eines guten Einverständnisses mit ihrem Gemahl vor der Welt zu erhalten.

Denken Sie sich einen stattlichen, kräftig gebauten Mann, hoch in den Vierzigen, von regelmäßigen Gesichtszügen, etwas finsternen Augen und einer Haltung, welche vollkommen zu der Generals-Uniform, seiner gewöhnlichen Kleidung, paßt —, und Sie haben das äußere Bild des Churfürsten vor sich. Das

\*) Bei der gegenwärtigen Lage der Dinge in Churfürstentum ist es nicht ohne Interesse, einen Artikel zu lesen, der vor einiger Zeit in den „Grenzboten“ erschienen ist.

Innere dieses Mannes ist schwerer zu veranschaulichen, denn seine Handlungen bilden eine ununterbrochene Kette von Widersprüchen, die sich nur auf zwei bestimmte Anhaltspunkte zurückführen lassen: einen grenzenlosen Egoismus und eine eben so große Verachtung des menschlichen Geschlechts. Er glaubt an keine Treue und Redlichkeit unter der Sonne. In seinen Unterthanen sieht er eben so viele übermüthige Feinde, die er seine Macht fühlen lassen muß, so viel sich Gelegenheit dazu bietet, um sie im Zaume zu halten. Er haßt die Demokraten, weil sie die Gottesgnaden-Herrschaft abschaffen wollen; er haßt die Constitutionellen, weil sie die fürstliche Willkür beschränken wollen; er haßt die Orthodoxen der Kirche und des Staates, weil er die Einen für Heuchler und Speichellecker hält und weil die Andern sich ihren dienstwilligen Patriotismus am besten bezahlen lassen.

Das Militär war früher sein Streckenpferd und pomphafte Paraden sind noch immer sein Hauptvergnügen; aber seit er sich zu wiederholten Malen überzeugt, daß immer, wo es sich darum handelte, ihn oder die Verfassung zu stützen, das Militär bis auf den letzten Mann Partei für die Verfassung nahm, ist er auch gegen das Heer mißtrauisch geworden und wo sich nur irgend eine Gelegenheit bietet, läßt er es die Offiziere entgelten, daß sie sich nicht zu willkürlichen Werkzeugen des Thrones machen wollen. Das nachahmungswertheste Beispiel von Herrschergröße scheint er in der Handlungsweise des Kaisers Nicolaus gefunden zu haben, der einmal einen Rittmeister nach Sibirien verbannte zur Strafe dafür, daß ihm auf der Parade ein Sporn abgefallen war. Zum Glück für das Land ist der Machtumfang des Churfürsten von Hessen etwas beschränkter; dagegen läßt er sich aber